



## Resolution von Pro Alps zum Verlagerungsnotstand im alpenquerenden Güterverkehr

verabschiedet am 09. Mai 2026 in Baar ZG anlässlich der Mitgliederversammlung

# Mehr Güter auf die Schiene: für Alpenschutz und Versorgungssicherheit

Mit der Annahme der Alpeninitiative und Artikel 84 der Bundesverfassung hat sich die Schweiz verpflichtet, den alpenquerenden Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern. Dank der Verlagerungspolitik konnten die jährlichen Lastwagenfahrten gegenüber dem Jahr 2000 deutlich reduziert werden. Die Entwicklung ist jedoch alarmierend: Gemäss den vom Bund publizierten Verlagerungszahlen 2025 sinkt der Bahnanteil erneut. Die Zahl der alpenquerenden Lastwagenfahrten ist auf rund 960'000 angestiegen und liegt deutlich über dem gesetzlichen Ziel von maximal 650'000 Fahrten pro Jahr.

Der Trendbruch widerspricht dem verfassungsmässigen Alpenschutz. Der alpenquerende Strassengüterverkehr belastet Bevölkerung und Umwelt im Alpenraum erheblich, insbesondere durch Lärm und Luftverschmutzung. Zugleich machen Unsicherheiten bei fossilen Energieträgern die strukturelle Verwundbarkeit eines Güterverkehrssystems sichtbar, das weiterhin zu stark auf die Strasse setzt. Die elektrifizierte und energieeffiziente Schiene braucht pro Tonnenkilometer um ein Mehrfaches weniger Energie als der Strassengüterverkehr. Eine konsequente Verlagerung auf die Schiene stärkt daher nicht nur den Alpenschutz, sondern senkt den Energiebedarf insgesamt und erhöht die Versorgungssicherheit der Schweiz durch eine geringere Abhängigkeit von importierten Energieträgern.

Der Verlagerungsnotstand ist politisch verursacht: durch eine zahnlose Revision der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), auslaufende Abgeltungen für die Schiene und eine fehlende, gesamtschweizerische Strategie im Güterverkehr. Bundesrat und Parlament sind verpflichtet, den verfassungsmässigen Verlagerungsauftrag durchzusetzen.

### Pro Alps fordert Bundesrat und Parlament auf das Verlagerungsgesetz endlich einzuhalten. Dafür soll er die folgenden Massnahmen ergreifen:

- **Einen fairen Wettbewerb im Güterverkehr sicherstellen:** Die Rahmenbedingungen sind so auszugestalten, dass der Strassengüterverkehr seine tatsächlichen Kosten trägt und nicht zulasten von Umwelt, Bevölkerung und Sicherheit begünstigt wird.
- **Die Schiene wirksam stärken:** Der Schienengüterverkehr ist als Rückgrat eines alpenverträglichen und energieeffizienten Güterverkehrssystems konsequent zu fördern.
- **Die Verlagerung auch im Binnenverkehr vorantreiben:** In der Verkehrspolitik müssen weitere Massnahmen getroffen werden, um auch den Schweizer Binnengüterverkehr auf die Schiene zu verlagern.



Bundesrat und Parlament müssen dafür sorgen, dass der alpenquerende Güterverkehr auf die Schiene zurückkehrt, die Lastwagenzahlen endlich wieder sinken und das Verlagerungsziel von 650'000 erreicht wird.